

Hans-Walter Schmuhl

„Kritische Tage erster Ordnung“. Der Wittekindshof, die Familie Brünger und die NS-„Euthanasie“

1. Einleitung

Vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkrieges wurden die Heil- und Pflegeanstalten im deutschen Machtbereich zum Schauplatz eines in der Weltgeschichte einzigartigen Massenmordes. Neueste Schätzungen gehen davon aus, dass in den Jahren von 1939 bis 1945 in den Grenzen des Deutschen Reiches – einschließlich der annektierten Gebiete – etwa 300.000 psychisch erkrankte und geistig behinderte Menschen ermordet wurden – und es steht zu erwarten, dass diese Zahl im Zuge künftiger Forschungen noch weiter heraufgesetzt werden muss. Allein bei der sogenannten „Aktion T4“ wurden 1940/1941 etwa 70.000 Menschen aus den deutschen Heil- und Pflegeanstalten vergast. Bezogen auf die Gesamtzahl der in den Anstalten des Deutschen Reiches 1939 untergebrachten psychisch erkrankten und geistig behinderten Menschen kann man auf dem gegenwärtigen Kenntnisstand davon ausgehen, dass bis zu zwei Drittel von ihnen bis 1945 einen gewaltsamen Tod fanden.¹ Auch der Wittekindshof geriet in den Strudel dieses Massenmordes: Im Oktober/November 1941 wurden insgesamt 958 Bewohnerinnen und Bewohner abtransportiert, von denen mehr als 400 mit Sicherheit oder mit großer Wahrscheinlichkeit bis Kriegsende ums Leben kamen. Insgesamt können die Vorgeschichte, der Verlauf und die Folgen dieser Transporte als gut erforscht gelten – in der Monographie „Der das Schreien der jungen Raben nicht überhört“ sind die Vorgänge auf dem bis dahin erreichten Forschungsstand im Detail rekonstruiert.² In dem Quellenkonvolut, das zur Vorbereitung eines Symposiums über Theodor Brünger (1874–1951)³ am 17. Juni 2017 auf dem Wittekindshof aus dem Familienbesitz zur Verfü-

¹ Kurzer Forschungsüberblick: Schmuhl, Hans-Walter: „Euthanasie“ und Krankenmorde, in: Jütte, Robert [u. a.]: Medizin und Nationalsozialismus. Bilanz und Perspektiven der Forschung, 2. Aufl. Göttingen 2011, S. 213-255.

² Schmuhl, Hans-Walter/Winkler, Ulrike: „Der das Schreien der jungen Raben nicht überhört“. Der Wittekindshof – eine Einrichtung für Menschen mit geistiger Behinderung, 1887 bis 2012 (Schriften des Instituts für Diakonie- und Sozialgeschichte an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal/Bethel 21), Bielefeld 2012, S. 348-377.

³ Vgl. Bauks, Friedrich Wilhelm: Die evangelischen Pfarrer in Westfalen von der Reformationszeit bis 1945 (Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte 4), Bielefeld 1980, S. 64, Nr. 823.

gung gestellt wurde, finden sich bislang unbekannte Dokumente, die weiteres Licht in dieses dunkelste Kapitel in der Geschichte des Wittekindshofs bringen. Vor allem konnte geklärt werden, wie es gelang, das Vorwerk und die Ulenburg vor der Beschlagnahme und damit die etwa 200 „Privatpfleglinge“ vor dem Abtransport zu bewahren. Weiter haben sich zwei private Briefe Theodor Brüngers angefundenes, in denen er seine grundsätzliche Haltung gegenüber der „Euthanasie“ ausführlich dargelegt hat. Drei im Oktober/November 1941 geschriebene private Briefe – zwei aus der Feder Anna Brüngers (1882–1962), einer verfasst von Tochter Eva Brünger (1918–2004) – vermitteln einen unmittelbaren Eindruck von der beklemmenden Atmosphäre dieser Wochen; sie geben Aufschluss darüber, wie die Familie Brünger das Geschehen erlebt und wie sie versucht hat, diese Erlebnisse zu verarbeiten. Auch spiegeln sich in diesen Briefen die Angst, Not und Verzweiflung der Bewohnerinnen und Bewohner wider.

2. Der Wittekindshof 1940/1941

Anfang 1940 war Theodor Brünger 65 Jahre alt, seit 26 Jahren stand er an der Spitze des Wittekindshofes. Er spürte allmählich das Alter, mit seiner Gesundheit stand es nicht zum Besten, es plagten ihn „rheumatische Beschwerden“,⁴ die sich letztendlich als Gicht⁵ erweisen sollten. Den Jahreswechsel 1939/1940 verbrachte er im Krankenhaus.⁶ Seinem Sohn Helmuth (1915–1942) gegenüber räumte er am 10. Juli 1940 ein, dass ihn ab und zu „eine gewisse Müdigkeit“⁷ überkomme, „ein Ruhebedürfnis, wenn die Pflicht ruft“. Er habe zwar noch Anspruch auf Urlaub, wage es aber nicht, „jetzt die Kommandobrücke zu verlassen“. Er denke oft daran, dass es allmählich Zeit werde, „an das Ausscheiden aus der Arbeit und den Übertritt in den Ruhestand zu denken.“ Doch habe er noch keine „entscheidende[n] Schritte in dieser Richtung“ unternommen,

⁴ Theodor Brünger an Helmuth Brünger, 10. Juli 1940, Privatbesitz. Dieses und alle folgenden Dokumente aus Privatbesitz wurden von der Familie Brünger zur Verfügung gestellt; Kontakt: Dr. Michael Brünger, Schlüsselstraße 6, 76889 Klingenstein, mbruenger(at)t-online.de.

⁵ Theodor Brünger an Wilhelm Brünger, 13. März 1941, Privatbesitz. Weiter heißt es hier: „Das sind wohl Alterserscheinungen. Manches davon verschwindet wohl noch einmal bei geeigneter Pflege, aber etwas bleibt dann davon zurück und erinnert uns daran, daß wir uns dem Ende unserer Wanderschaft nähern.“

⁶ Handschriftlicher Vortragstext „Der Anstaltsvorsteher und Betriebsführer, Grußwort an die Gefolgschaft der Anstalt W[ittekindsh]o[f], Neujahr 1940“, Privatbesitz.

⁷ Theodor Brünger an Helmuth Brünger, 10. Juli 1940, Privatbesitz. Danach auch die folgenden Zitate.

„weil die Lage der Kirche und der Inneren Mission so unklar ist. Ob z[um] B[ei]spiel] wenn ich mich in den Ruhestand begäbe, die Wiederbesetzung meiner Stelle mit einem Pfarrer als Anstaltsvorsteher glatt vonstatten gehen würde, ist mir noch nicht ganz klar. Darum bleibe ich im Dienst in der Hoffnung, einen nahe bevorstehenden kritischen Moment in der Geschichte der Inneren Mission noch im Amte überdauern zu (sollen und zu) können.“

In einem der seltenen Briefe an seine Schwester Maria (1882–1958) schrieb Theodor Brünger am 10. Mai 1941, dass er in drei Jahren, wenn er das siebzigste Lebensjahr erreicht habe, „hier das Feld [werde] räumen müssen.“⁸ Und er fügte an dieser Stelle hinzu: „Ob ich es noch so lange aushalte?“ Theodor und Anna planten, mit Eintritt des Ruhestandes in Annas Elternhaus in Gütersloh umzuziehen. Sie dächten aber auch schon viel an „das Heimkommen in das ewige Vaterhaus“. Daran schlossen sich Sätze an, die im Nachhinein fast prophetisch klingen: „Wieviel wir noch leiden müssen, bis wir dahin gelangen, das weiß der Herr allein! Wir wollen es uns gefallen lassen, wie Er uns führt.“

Diese Briefpassagen aus den Jahren 1940 und 1941 belegen, wie schwer es Theodor Brünger mittlerweile fiel, das Amt des Vorstehers weiter zu versehen – nur aus Sorge vor einer potentiellen Entkonnfessionalisierung des Wittekindshofes verharnte er auf seinem Posten. Gleichzeitig stellte der Krieg den Wittekindshof und seinen Vorsteher vor neue Herausforderungen. Während die Versorgung mit Lebensmitteln – anders als im Ersten Weltkrieg – zunächst kein Problem darstellte, wurden im strengen Winter 1939/1940 die Kohlen knapp.⁹ Die vorübergehende Räumung des Marienheims zu Kriegsbeginn – hier sollte Platz für Flüchtlinge aus den Grenzgebieten geschaffen werden, die dann aber doch nur vereinzelt kamen¹⁰ – und die Einquartierung einer Artillerieeinheit im März/April 1940 sorgten für Unruhe. Vorbereitungen für den Luftschutz mussten getroffen,¹¹ laufende Bauvorhaben – auch im Pfarrhaus – zum Abschluss gebracht werden. Die vielen Einberufungen von männlichen Angestellten dünnten das Personal auf der Männerseite zunehmend aus. Innerhalb der männlichen Belegschaft kam es immer wieder zu Konflikten, Intrigen und Denunziationen.¹² Gegen einen Pfleger

⁸ Theodor Brünger an Maria Flückiger, 10. Mai 1941, Privatbesitz. Danach auch die folgenden Zitate.

⁹ Eva Brünger an Walther Brünger, 8. Februar 1940, Privatbesitz.

¹⁰ Theodor und Anna Brünger an die „lieben Kinder in Uniform“, 14. September 1939, Privatbesitz.

¹¹ Dr. Heinrich Simon an Theodor Brünger, 3. Juni 1940, Privatbesitz.

¹² Antrag auf Einberufung des Vertrauensrates durch Dr. Bodensstab, 11. November 1939; NSDAP, Kreispersonalamt, an Theodor Brünger, betr. Ernst Sulimma, 5. Dezember 1939; Aktennotiz des Betriebsobmanns Grotefend, betr. Angelegenheit des Gefolgschaftsmitglieds Wilhelm Meier III, 3. Januar 1940; Ernst Sulimma an Gaulei-

mussten im März 1940 Untersuchungen wegen sexuellen Missbrauchs eines Bewohners eingeleitet werden.¹³ Ein anonymes Schreiben machte Theodor Brünger im April 1941 auf einen Pfleger aufmerksam, der die ihm anvertrauten Jungen schlage.¹⁴

Unruhe gab es auch im Vorstand, die Frage einer neuen Satzung war nach wie vor ungelöst, der aus der Vorkriegszeit herrührende vertragslose Zustand zwischen dem westfälischen Provinzialverband und dem Wittekindshof bestand weiter fort. Wie Chefarzt Dr. Heinrich Simon (1899–1977) bei einer Besprechung am 15. April 1940 im Landeshaus in Münster auf Nachfrage erfuhr, war für die Dauer des Krieges nicht mit einem neuen Vertrag zu rechnen, die Arbeit ruhe, weil die Provinz künftig einen „Gesamtvertrag“¹⁵ mit *allen* Privat-Anstalten abschließen wolle. Dabei, so kündigte Landesrat Dr. Rudolf Pork (1900–1944) schon einmal an, werde der Landeshauptmann in Zukunft in allen wichtigen Fragen „bestimmenden Einfluß“ für sich beanspruchen. Was die Zuweisung oder den Abzug von „Pfleglingen“ anging, so hatte der Provinzialverband weitgehend freie Hand. Dies führte dazu, dass die Gesamtzahl der Bewohnerinnen und Bewohner auf dem Wittekindshof trotz der personellen Engpässe in den Jahren 1940/1941 noch weiter zunahm. Dabei schickte der Provinzialverband auch viele Fürsorgeerziehungszöglinge sowie Jungen und Mädchen, die als „Psychopathen“ und „Psychopathinnen“ galten, nach Volmerdingsen. Vorsichtige Einwände des Chefarztes Dr. Simon ließ Landesrat Pork nicht gelten – der Wittekindshof sei verpflichtet, alle zugewiesenen „Pfleglinge“ aufzunehmen. Pork erklärte sich lediglich bereit, vier geschlechtskranke „Psychopathinnen“ für zwei Jahre in das Landesarbeitshaus Benninghausen zu übernehmen. Die übrigen „psychopathischen“ Kinder und Jugendlichen blieben auf dem Wittekindshof. Sie bereiteten immense pädagogische Probleme, wie die Briefe

ter Dr. Meyer, 10. Januar 1940; Zeugnis für den Pfleger Ernst Sulimma, 12. Januar 1940; Schreiben an Krankenpfleger Wilhelm Bölling, 1. November 1940, Privatbesitz. Wenn Theodor Brünger in seiner Neujahrsansprache 1940 seinen Dank aussprach, „daß seit Kriegsbeginn der Vertrauensrat sich nicht mehr mit innerbetrieblichen Streitigkeiten hat zu befassen brauchen“, so entsprach das nicht den Tatsachen. Handschriftlicher Vortragstext „Der Anstaltsvorsteher und Betriebsführer, Grußwort an die Gefolgschaft der Anstalt W[ittekindsh]o[f], Neujahr 1940“, Privatbesitz.

¹³ Aktennotiz Dr. Bodenstab, 4. März 1940, Privatbesitz. Vgl. Schmuhl Hans-Walter/Winkler, Ulrike: „Als wären wir zur Strafe hier.“ Gewalt gegen Menschen mit geistiger Behinderung – der Wittekindshof in den 1950er und 1960er Jahren (Schriften des Instituts für Diakonie- und Sozialgeschichte an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal/Bethel 19), 3. Aufl. Bielefeld 2012, S. 64–68.

¹⁴ Anonym an Theodor Brünger, 4. April 1941 (Poststempel), Privatbesitz.

¹⁵ Protokoll über die Besprechung am 15. April 19[40] im Landeshaus zu Münster, Privatbesitz. Danach auch die folgenden Zitate.

Eva Brüngers, die seit dem 1. November 1940 als Lehrerin und Erzieherin im Gerahaus aushalf, anschaulich beschreiben.¹⁶

Theodor Brüngers schwerste Bürde dürfte jedoch gewesen sein, dass er den Massenmord an Menschen mit geistigen Behinderungen und psychischen Erkrankungen kommen sah. Durch Zugeständnisse in Richtung auf die negative Eugenik hatte er seinerzeit gehofft, die drohende „Euthanasie“ abwenden zu können. 1940 musste er erkennen, dass diese Hoffnung trügerisch gewesen war.

3. Erfassung zur Vernichtung

Die Erfassung der westfälischen Heil- und Pflegeanstalten im Rahmen der „Aktion T4“ begann im Juni 1940. Am 25. Juli 1940 trat der Vorstand des Wittekindshofes zusammen, um über die Frage zu beraten, wie man mit den Meldebögen verfahren solle – und zwar am Sitz der Regierung in Minden und in Anwesenheit des Obermedizinalrates Dr. Alfons Gersbach (1892–1965), des medizinischen Dezernenten der Bezirksregierung. Über den eigentlichen Zweck der Meldebögen, die offiziell der „planwirtschaftlichen Erfassung“ dienten, war man sich auf dem Wittekindshof von Anfang an im Klaren. Ganz offenkundig war Theodor Brünger von Pastor Fritz von Bodelschwingh (1877–1946),¹⁷ dem Vorsteher der Betheler Anstalten, über die laufende Mordaktion vertraulich ins Bild gesetzt wor-

¹⁶ Eva Brünger an Helmuth Brünger, 17. November 1939, Privatbesitz: „Aber zum Verzweifeln sind diese Kinder manchmal, frech wie Dreck! Ganz richtige Psychopathen. Das Schlimmste ist die unaufhörliche Zankerei und Zergerei. In der Stunde reißen sie sich Haarbüschel aus, gehen mit Griffelkästen aufeinander los, treten, kratzen, beißen, so was muß man erlebt haben. Ganz unbedeutende, kleine Störungen lösen tolle Wutausbrüche aus.“ Eva Brünger an Walther Brünger, 8. Februar 1940, Privatbesitz: „Gleich ist's Zeit für's Gerahaus. Meine Kinder sind wie immer frech wie Dreck, anhänglich, rührend, zänkisch und schwierig. Es kommt nur drauf an, sich nicht zu ärgern und den Gleichmut zu bewahren, was allerdings oft noch mißlingt.“ Eva Brünger an Helmuth Brünger, 1. April 1940, Privatbesitz: „Der dauernde Krach geht allmählich doch auf die Nerven. Meine Klasse hat sich jetzt bedeutend verkleinert von 17 auf 9. Aber von Erleichterung merke ich nichts. Es sind ganz schlimme Unruhegeister. Heute hockten 4 gleichzeitig unter den Bänken. Plötzlich rennen sie in der Klasse rum und lassen keine Frage ohne lautes Vor-schreien vorbei gehen. Es gibt noch manche Geduldsprobe, bis sie zur Ordnung eingefuchst sind. Aber dumm sind sie nicht, ganz helle sind sogar dabei, aber schwierig.“ Vgl. auch Theodor Brünger an seine Geschwister, 7. Februar 1940, Privatbesitz: „Sie [Eva] hat sehr schwer psychopathische Kinder zu erziehen. Sie machen ihr viel Kummer, aber zuweilen auch mal etwas Freude. Die armen Kinder, die von ihren Eltern her so schwer belastet sind, können leider nicht anders.“ Theodor Brünger an Hans Brünger, 21. Februar 1940, Privatbesitz: „Sie [Eva] hat eine schwere Aufgabe, nämlich 17 schwerpsychopathische Mädchen zu erziehen und zu unterrichten. Sie hat schon Tränen über ihrer Aufgabe vergossen, weil die Kinder so hemmungslos sind und den Unterricht so viel stören.“

¹⁷ Vgl. Bauks, Pfarrer (wie Anm. 3), S. 44, Nr. 571.

den.¹⁸ Die Ärzte auf dem Wittekindshof hatten zunächst begonnen, die Meldebögen auszufüllen „in der Erwartung, dadurch, wenn auch viele Kranke der Aktion zum Opfer fallen würden, doch viele retten zu können“.¹⁹ Dann aber erfuhr man, dass Bethel die Ausfüllung der Meldebögen ablehnte, „weil dokumentarisch nachgewiesen war, welche Bedeutung dieser Ausfüllung zukomme“.²⁰ Angesichts dieser neuen Lage tat sich der Vorstand des Wittekindshofes „schwer, zu einer einheitlichen Beurteilung dieser Frage zu kommen“.

Nicht, dass sich der Vorstand in der entschiedenen Ablehnung der „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ nicht einig gewesen wäre. Im April 1941 war der durch Todesfälle und Austritte auf fünf Personen zusammengeschrumpfte Vorstand durch fünf neue Mitglieder ergänzt worden – neben Pastor Paul Kirschsieper (1883–1952)²¹ von der Diakonissenanstalt Sarepta waren vier bekennnistreue Presbyter kooptiert worden, darunter auch der Bauer Karl Sundermeyer († 1973) aus Volmerdingsen, in dessen Haus sich in der Vorkriegszeit die Bekenntnisgemeinde getroffen hatte. Obwohl im neuen Vorstand nominell sechs „Parteigenossen“ saßen, hatte man sich, wie Theodor Brünger zufrieden feststellte, „stark verkirchlichen“²² können. So kam es, dass der Vorstand in der Konfrontation mit der NS-„Euthanasie“ geschlossen auftreten konnte.

¹⁸ Zu den Vorgängen in Bethel jetzt zusammenfassend: Benad, Matthias [u.a.]: „... unter Einsatz aller unserer Kräfte Anwälte unserer Kranken sein.“ Bethel und die nationalsozialistischen Krankenmorde – ein Überblick über den Stand der Forschung, in: Benad, Matthias/Schmuhl, Hans-Walter/Stockhecke, Kerstin (Hgg.): Bethels Mission (4). Beiträge von der Zeit des Nationalsozialismus bis zur Psychiatriereform (Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte 44), Bielefeld 2016, S. 17–28.

¹⁹ Bericht zur Generalversammlung 1941, Archiv Wittekindshof (= AW). Danach auch die folgenden Zitate. – Bei allen Dokumenten, die im Archiv des Wittekindshofes in elektronischer Form vorliegen, wird im Anmerkungsapparat auf die Angabe des Fundortes verzichtet. Bei Dokumenten, die noch nicht elektronisch erfasst sind, ist hingegen der genaue Fundort (Akte, Ordner, Mappe usw.) angegeben.

²⁰ Brünger spielte hier offenkundig auf die von Pastor Paul Gerhard Braune (1887–1954) angefertigte ausführliche Denkschrift zum Krankenmord an, die am 9. Juli fertiggestellt und am 16. Juli 1940 an die Reichskanzlei zur Vorlage bei Adolf Hitler (1889–1945) weitergeleitet wurde. Diesen mutigen Schritt bezahlte Braune mit einer Inhaftierung durch die Gestapo vom 12. August bis zum 31. Oktober 1940. Die Dokumentation Braunes ist abgedruckt in: Hochmuth, Anneliese: Spurensuche. Eugenik, Sterilisation, Patientenmorde und die v[on] Bodelschwingschen Anstalten Bethel 1929–1945, hg. v. Matthias Benad, Bielefeld 1997, S. 291–299. Zu Braune vgl. Kaminsky, Uwe: „Wer ist gemeinschaftsunfähig?“. Paul Gerhard Braune, die Rassenhygiene und die NS-Euthanasie, in: Cantow, Jan (Hg.): Paul Gerhard Braune (1887–1954). Ein Mann der Kirche und Diakonie in schwieriger Zeit, Stuttgart 2005, S. 167–187; Cantow, Jan/Stockhecke, Kerstin (Hgg.): Friedrich v. Bodelschwing und Paul Gerhard Braune. Briefwechsel 1933–1945, Berlin/Bielefeld 2011.

²¹ Vgl. Bauks, Pfarrer (wie Anm. 3), S. 251, Nr. 3169.

²² Theodor Brünger an Walther Brünger, 18. April 1941, Privatbesitz. Vgl. Schmuhl/Winkler, „Schreien“ (wie Anm. 2), S. 345–348.

Auch Chefarzt Dr. Heinrich Simon hatte, obwohl „Parteigenosse“, die „Euthanasie“ bereits 1939 – vor dem Beginn der „Aktion T4“ – auf das Schärfste verurteilt:

„Unsere ärztliche Ethik gebietet uns, Leben zu erhalten mit allen zur Verfügung stehenden Kräften, und wo dies nicht möglich ist, ist es zum wenigsten zu pflegen. Eine Vernichtung, wenn auch unwerten Lebens[,] bezeichne ich als ‚Mord‘.“²³

Simon gehörte damit zu jenen Ärzten, die einerseits überzeugte Nationalsozialisten und Verfechter der eugenisch motivierten Zwangssterilisierung waren, andererseits die „Euthanasie“ kategorisch ablehnten. Bekanntestes Beispiel eines solchen Arztes ist Dr. Karsten Jaspersen (1896–1968), Chefarzt des psychiatrischen Fachbereichs der Westfälischen Diakonissenanstalt Sarepta.²⁴ In den Unterlagen Theodor Brüngers findet sich ein Schreiben Jaspersens vom September 1945, in dem dieser daran erinnerte, dass er 1940 (vermutlich im Juli) bei einem Besuch auf dem Wittekindshof mit Brünger und Chefarzt Simon über seine Aktionen gegen die NS-„Euthanasie“ gesprochen habe²⁵ – was ihm Brünger auf seine Bitte hin schriftlich bestätigte.²⁶ Hier wird eine bislang nicht bekannte Verbindungslinie zwischen Bethel und dem Wittekindshof sichtbar.

Der Vorstand des Wittekindshofes, so einhellig er die „Euthanasie“ auch ablehnte, war sich doch unsicher, ob man die Meldebögen nicht ausfüllen *müsse*, und hier suchte man den Rat des zuständigen Beamten der Bezirksregierung, den man in der Sache offenbar als Verbündeten betrachtete. Die Position Dr. Alfons Gersbachs ist nicht eindeutig. Einerseits gab er Simon zu verstehen, dass der Wittekindshof um die Ausfüllung der Meldebögen letztlich nicht herumkommen werde, weil das Reichsinnenministerium irgendwann die Ablieferung verlangen werde und für den Fall, dass der Wittekindshof dies verweigern sollte, mit „schärfsten Zwangsmaßnahmen“²⁷ gedroht habe. Durch die Blume riet Gersbach dem Wittekindshof ab, dem Beispiel Bethels zu folgen und

²³ Dr. Heinrich Simon an Hans Jürgen Glubrecht, Hannover, 22. Februar 1939, AW, Mappe „Überprüfung von Mitarbeitern auf NSDAP-Zugehörigkeit“. Der Student der Medizin hatte Simon am 20. Februar 1939 einen Fragebogen zur „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ zugeschickt, weil er eine Doktorarbeit zu diesem Themenkreis schreiben wollte. Die Dissertation kam wohl nicht zustande, jedenfalls lässt sich keine solche Arbeit bibliographisch nachweisen.

²⁴ Vgl. Peters, Uwe Henrik: Karsten Jaspersen, 1940 ... der einzige Psychiater, der alles riskierte, um den Krankenmord zu verhindern, Köln 2013; Schmuhl, Hans-Walter: Die Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater im Nationalsozialismus, Berlin/Heidelberg 2016, S. 315-319.

²⁵ Karsten Jaspersen an Theodor Brünger, 19. September 1945, Privatbesitz.

²⁶ Bescheinigung Theodor Brüngers, undatiert, Privatbesitz.

²⁷ Aktennotiz Dr. Heinrich Simon für Pastor Brünger, undatiert [29. Juli 1940], AW, Ordner „Vorstandsangelegenheiten 1934–1954“.

offen Widerstand zu leisten. Die Äußerung Gersbachs, er wisse ja, dass die Ärzte des Wittekindshofes keinen Widerstand leisten würden, kann man dahingehend lesen, dass der Wittekindshof im Falle einer offenen Verweigerung nicht mit der Rückendeckung der Bezirksregierung würde rechnen können. Andererseits legte Gersbach dem Wittekindshof nahe, die ganze Angelegenheit dilatorisch zu behandeln, auf Zeit zu spielen und die Meldebögen erst auf eine ausdrückliche Aufforderung aus Berlin auszuhändigen. Diese Verzögerungstaktik war Gersbach offenkundig bereit zu decken – schließlich konnte man sich jederzeit darauf berufen, dass sich das Ausfüllen der Meldebögen infolge des kriegsbedingten personellen Engpasses hinziehe.

Angeichts dieses politischen Signals kehrte die Leitung des Wittekindshofes zu ihrem anfangs eingeschlagenen Kurs zurück; die beiden Anstaltsärzte füllten in den folgenden Monaten prophylaktisch etwa 1.250 Meldebögen aus. Berücksichtigt wurden nur Bewohnerinnen und Bewohner, die als „nicht beschäftigungsfähig“²⁸ eingestuft wurden. Die Fürsorgeerziehungszöglinge sowie in Familienpflege entlassene „Pflegerlinge“, die als „unerziehbar im Sinne des Fürsorgeerziehungsgesetzes“ galten, blieben in Abstimmung mit Landesrat Otto Schulze-Steinen (1872–1966) außen vor. Die ausgefüllten Meldebögen schickte man – gemäß der von Gersbach ausgegebenen Marschroute – nicht ab, sondern hielt sie bereit, um auf eine Anforderung aus Berlin sofort reagieren zu können.

Am 30. August 1940 ordnete das Reichsinnenministerium an, die Patientinnen und Patienten jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft in Sammelanstalten unterzubringen. Die Landesheil- und Pflegeanstalt Wunstorf bei Hannover diente als „Zwischenanstalt“ für Westfalen. Insgesamt wurden am 21. September 1940 aus den westfälischen Provinzialheilanstalten etwa sechzig „jüdische“ Patientinnen und Patienten in die „Zwischenanstalt“ Wunstorf verlegt, darunter auch sechs Bewohnerinnen und Bewohner des Wittekindshofes. Binnen weniger Tage wurden sie dann mit unbekanntem Ziel weiterverlegt – angeblich in eine Anstalt im Generalgouvernement. Tatsächlich wurden sie unmittelbar nach der Ankunft in der Gaskammer der „Aktion T4“ im ehemaligen Zuchthaus Brandenburg an der Havel ermordet. Sie gehören damit zu den über 1.000 Opfern dieses ersten systematischen Massenmordes an Menschen jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft im nationalsozialistischen Deutschland. Auf dem Wittekindshof erfuhr man erst durch Mitteilungen von Angehörigen zu Beginn des Jahres 1941, dass die Verlegten gestorben waren. Erst im Nachhinein erkannten die Verantwortlichen also, dass

²⁸ Theodor Brünger an Otto Schulze-Steinen, 21. Oktober 1940, Privatbesitz. Danach auch die folgenden Zitate.

diese „Sonderaktion“ bereits Teil des NS-„Euthanasie“-Programms gewesen war.²⁹

4. Eine Diskussion unter Brüdern

Mit großer Beunruhigung nahm man auf dem Wittekindshof zur Kenntnis, dass im Februar 1941 eine Ärztekommision aus Berlin vor Ort in Bethel die Meldebögen ausfüllte – 446 Männer und Frauen aus den Betheler Anstalten waren akut vom Abtransport bedroht. In dieser Situation versuchte Theodor Brünger, mit seinem älteren Bruder Wilhelm (1871–1959) über das Thema ins Gespräch zu kommen. In einem Brief vom 14. April 1941 – der nicht überliefert ist – deutete er offenbar an, dass eine „dunkle Wolke“ über dem Wittekindshof hänge. Wilhelm Brünger indes missverstand die Andeutung – er glaubte, Theodor beziehe sich auf die Kirchenpolitik des nationalsozialistischen Staates. Wilhelm, aktiver „Parteigenosse“,³⁰ widersprach entschieden.³¹ Am 16. Mai 1941 schrieb er:

²⁹ Zur Deportation der Patienten jüdischer Herkunft oder jüdischen Glaubens vom Wittekindshof ausführlich: Schmuhl/Winkler, „Schreien“ (wie Anm. 2), S. 353-356.

³⁰ „Ich habe meine Parteiarbeit wieder aufgenommen, bin wieder Zellenleiter geworden und sogar in die Musterrolle der Wehrpflichtigen am Bezirkskommando eingetragen“ (Wilhelm Brünger an Theodor Brünger, 10. Januar 1940, Privatbesitz). Am 9. Juni 1940 berichtete er, er habe „ziemlich viel Parteidienst“ (Wilhelm Brünger an Theodor Brünger, 9. Juni 1941, Privatbesitz). – Wilhelm träumte von den „Vereinigten Staaten von Europa“ (Wilhelm Brünger an Theodor Brünger, 9. Juni 1941, Privatbesitz) unter der Führung „Großdeutschlands“ und der „Ausschaltung“ der „Mammospriester und Mammonsdiener“ (Wilhelm Brünger an Theodor Brünger, 16. Juni 1941, Privatbesitz) – und das waren für ihn in erster Linie *die Juden*.

³¹ Wilhelm Brünger an Theodor Brünger, 16. Mai 1941, Privatbesitz. Danach auch die folgenden Zitate. – Die Kirchenpolitik müsse man als „Teil der großen Umwandlung“ sehen, „in der unser Volk, Europa und schließlich die ganze Welt zur Zeit begriffen ist!“ Er – Wilhelm – freue sich „zu sehen, daß die in unserem Parteiprogramm ausgesprochenen Grundsätze, die nach meiner Auffassung die praktische Durchführung der Lehren des Christentums im täglichen Leben bedeuten, immer energischer vom Führer angepackt [...] werden.“ Er verwies in diesem Zusammenhang auf die vermeintlichen Errungenschaften der nationalsozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik: „Wohnungsbauprogramm, Altersversorgung für jeden Volksgenossen, Begrenzung der Gewinne der Geschäftsleute auf einen anständig niedrigen Prozentsatz, Ausbau der Landwirtschaft mit 40 Milliarden“, aber auch auf die Gesundheitspolitik, besonders die Kampagne gegen Alkohol und Tabak. „Das müßte Dir doch eigentlich besonders sympathisch sein“, gab Wilhelm seinem Bruder, dem Anstaltsleiter, zu bedenken, „wo Du die Folgen dieser Gesundheitsschädigungen täglich in so erschütternder Form vor Augen hast.“ Das Christentum versuche seit zwei Jahrtausenden ohne Erfolg, die Menschen „durch Predigen, Belehrung, Zureden“ dazu zu bewegen, „einander anständig [zu] behandeln“. Der Nationalsozialismus versuche auch „zu überzeugen“, „aber er hat sich die Gewalt zur Hülfe genommen und kriegt die Leute, die nicht von Herzen mitmachen wollen, die eine unanständige Gesinnung ihren Volksgenossen gegenüber zeigen, an die Ohren“.

„Könntet Ihr Christen Euch nicht darüber freuen, daß durch die Tätigkeit der Partei das ganze Volk zum Bewußtsein seiner Zusammengehörigkeit gebracht wird, daß der Staat so machtvoll versucht, überall das Böse und Üble auszuschalten?“

Am 5. Juni 1941 traf nach kurzfristiger Voranmeldung eine dreiköpfige Ärztekommision auf dem Wittekindshof ein. Zwei Tage zuvor, am 3. Juni 1941, schrieb Theodor Brünger seinem Sohn Helmuth:

„Das ist dasselbe, was in Bethel geschehen ist. Vor den nächsten 8 Tagen hängt also ein dunkler Schleier. Was mag daraus werden? Dr. S[imon] sieht ziemlich pessimistisch drein. Ich habe noch nicht alle Hoffnung aufgegeben. Auf jeden Fall sind die nächsten Tage kritische Tage erster Ordnung. Sprich bitte nicht über diese Dinge.“³²

Beim Empfang der Kommission machte Theodor Brünger aus seiner ablehnenden Haltung kein Hehl. Man könne

„die Kommission nicht so unumwunden begrüßen [...], wie wir das sonst bei unseren Gästen täten, da wir ja wüßten, welchen Zwecken die Bestandsaufnahme dienen solle. Für uns als christliche Anstalt sei selbstverständlich jede Mitwirkung an einer Ausmerzungsaktion ausgeschlossen. Wir hielten uns an das Gebot: ‚Du sollst nicht töten!‘“³³

Man werde nur insoweit an der Bestandsaufnahme mitwirken, als es die Satzungen des Wittekindshofes und die Vorschriften der Bezirksregierung zuließen. Ungerührt führte die Kommission jedoch die Erfassung der Patienten durch.

In dieser Zeit machte sich Theodor Brünger auch daran, den Brief seines Bruders Wilhelm vom 16. Mai 1941 zu beantworten. Am 11. Juni schickte er einen ausführlichen Brief nach Hamburg. Zunächst stellte er klar, dass er mit der „dunklen Wolke“³⁴ seinerzeit nicht auf die nationalsozialistische Kirchenpolitik habe hindeuten wollen, sondern auf die laufende „Euthanasie“-Aktion. Er erwähnte die Besuche der Ärztekomm-

³² Theodor Brünger an Helmuth Brünger, 3. Juni 1941, Privatbesitz.

³³ Bericht zur Vorstandssitzung 12. September 1941 in Bad Oeynhausen, AW, Ordner „Vorstandsangelegenheiten 1934–1954“. Diese Darstellung, gut drei Monate nach den Ereignissen verfasst, wird durch einen Brief Brüngers an Fritz von Bodelschwingh vom 7. Juni 1941 im Kern bestätigt. Dort heißt es dazu, Brünger habe der Kommission „sogleich das Nötige über unsere grundsätzliche Stellungnahme in Bezug auf die Bestandsaufnahme und über das, was wir danach befürchten, gesagt“ (AW, Ordner „Vorstandsangelegenheiten 1934–1954“). Zur Selektion der Ärztekommision auf dem Wittekindshof vgl. Schmuhl/Winkler, „Schreien“ (wie Anm. 2), S. 359–364.

³⁴ Theodor Brünger an Wilhelm Brünger, 11. Juni 1941, Privatbesitz. Danach auch die folgenden Zitate.

missionen in Bethel und auf dem Wittekindshof und kam sodann auf den Punkt:

„Nun ist uns durch dokumentarische Beweise seit Monaten bekannt, daß in anderen Anstalten ein beträchtlicher Teil von Geisteskranken und Schwachsinnigen und Epileptikern nach vorhergegangener Bestandsaufnahme ausgemerzt worden ist. Interfecti sunt. Quomodo? Nescimus! [Sie sind umgebracht worden. Wie? Wir wissen es nicht!]“.

Dass Theodor Brünger hier ins Lateinische fiel, um das Unaussprechliche doch aussprechen zu können, ist bezeichnend – viele Zeitgenossen taten sich schwer, die Dinge beim Namen zu nennen. Weiter sprach Theodor Brünger in seinem Brief die stille Diplomatie Fritz von Bodelschwinghs an. Es gehe darum, die „christliche Ethik der Ritterlichkeit und Barmherzigkeit“ zu verteidigen, die im Gleichnis vom barmherzigen Samariter zum Ausdruck komme.

„Neuerdings soll ja diese Ethik ersetzt werden durch eine andere Moral: Weg mit dem armen Deubel! Schne[i]de ihm den Hals nur gleich ganz durch oder stoß ihm nur das Messer ins Herz oder schieß ihm die Kugel durch die Schläfe. Dann hat keiner mehr Last mit ihm und er selber auch nicht mit sich selber.“

Theodor Brünger ging auch auf mögliche Argumente für die neue Ethik ein:

„Ich weiß wohl, daß man mancherlei Gründe für die neue Moral anführen kann, z[um] B[eispiel] daß man das[,] was man auf diese Weise an den Elenden spart[,] zur Wohlfahrt der gesunden Familien aufwenden könne. Wenn ein Schiff im Sturm in Not sei, werfe es den Ballast über Bord, ohne zu fragen[,] ob die Verluste schmerzlich seien. Man weist auch auf die Paradoxie hin, das[s] die gesunde Mannschaft im Kriege geopfert werde und die kranken Menschen möglichst lange erhalten werden. U[nd] s[o] w[eiter]. Aber das ist ja der Sinn des Opfers, daß das Starke aus Liebe sich opfert für die Alten und Schwachen und Kranken. Das ist der Gedanke der Ritterlichkeit, der die Welt nicht dem Untergange[,] sondern einem Leben der Gesittung und Ordnung zugeführt hat.“

Weiter kam Theodor Brünger auf die Auswirkungen des Massenmordes an kranken und behinderten Menschen auf das allgemeine Bewusstsein zu sprechen:

„Wie will man die Ehrfurcht vor dem Menschenleben im Volke erhalten, wenn man das Lebensrecht der Schwachen und Kranken vom Staate aus verneint. Wird nicht der Starke immer in Versuchung sein, selbst zu entscheiden, wer zum Leben berechtigt sei und wer nicht? – Wo bleiben die

primitivsten Menschenrechte, z[um] B[eispiel] der Eltern auf das Leben ihrer Kinder. Wer wird sich noch in die Behandlung eines Arztes, eines Psychiaters begeben können, wenn die Methoden eines Dr. Eisenbart³⁵ vom Staate angewendet werden? Die deutsche ärztliche Wissenschaft, auch die Psychiatrie[,] war auf der Höhe in aller Welt anerkannt. Wer wird in Deutschland jetzt noch Psychiatrie studieren, wenn solches geschieht. Wieviele Kranke werden sich statt zum Psychiater oder allem[einen] Arzt nun dem Heilpraktiker zuwenden!“

Auch das Gewaltmonopol des Staates bis hin zur Todesstrafe thematisierte Brünger:

„Gewiß, die Obrigkeit trägt das Schwert nicht umsonst, sie ist Gottes Dienerin, eine Rächerin zur Strafe über den[,] der Böses tut. Aber unsere Kranken sind keine Verbrecher, sondern Opfer von Unglücksfällen und von Volkssünden oder Träger von Erbübeln. Als solche aber haben sie Anspruch auf den ritterlichen Dienst der Barmherzigkeit, den die christliche Gemeinde bisher ohne Seufzen, nein[,] mit aller Freudigkeit geleistet hat.“

Die Briefpassage endet mit den Sätzen:

„Die ganze Ausmerzungsaktion ist aufgezogen unter dem Gesichtspunkt der Reichsverteidigung. Deshalb darf man nicht darüber sprechen. Ich schreibe Dir dies auch nicht, um mit Dir darüber ein Gespräch zu führen, sondern damit Du weißt, was ich mit der dunklen Wolke meine. Wir sind nun schon darin. Drücken[d] ist die Ungewißheit. Man weiß nicht[,] ob etwas erfolgt, wan[n] und wie es kommt. Man kann den Eltern, wenn sie einen fragen, nichts sagen. Das ist sehr schwer.“

Zwar schrieb Theodor hier, er wolle mit Wilhelm keinen Dialog über das Thema führen, doch stellte seine Kritik an der „Euthanasie“ die Loyalität des Bruders zum nationalsozialistischen Regime in Frage und forderte dessen Stellungnahme heraus. Man darf auch wohl getrost annehmen, dass Theodor dies beabsichtigte – fragte er doch am Schluss seines Briefes ganz offen, ob Wilhelm und seine Frau aus der Kirche ausgetreten seien. Wilhelm wich dieser Frage in seinem Antwortbrief vom 25. Juli 1941 aus.³⁶

³⁵ Anspielung auf den fahrenden Wundarzt und Starstecher Johann Andreas Eisenbarth (Eisenbart, 1663–1727), bekannt geworden durch das Trinklied „Ich bin der Doktor Eisenbarth/Kurier die Leut nach meiner Art“, das die brachialen Methoden der Handwerkschirurgen in der Frühen Neuzeit persifliert.

³⁶ Wilhelm Brünger an Theodor Brünger, 25. Juli 1941. Danach auch die folgenden Zitate. – Es spricht manches dafür, dass Wilhelm Brünger und seine Frau Martha aus der Kirche ausgetreten waren. Die Tochter Eva (* 1912) und ihr Verlobter Helmut Nicolaus, ein SS-Mann, gehörten der Kirche jedenfalls nicht an, so dass bei ihrer Heirat im Januar 1940 keine kirchliche Trauung stattfand, sondern „nach der standesamtlichen Trauung die in den SS Kreisen übliche Eheweihe“. Wilhelm

Er sah sich jedoch genötigt, auf Theodors Kritik an der „Euthanasie“-Aktion, über die er „viel [habe] nachdenken“ müssen, ausführlich einzugehen. Er nehme an, dass die Aktion mit dem Krieg zusammenhänge, der „viele Härten“ mit sich bringe, „die besonders uns, die doch noch aus einer Zeit stammen, wo ganz andere Grundsätze galten, zunächst erschrecken können.“ Wilhelm wies darauf hin, dass der Staat von den Soldaten verlangen könne, „in den fast sicheren Tod“ zu gehen, und dass ihm das Recht zustehe, „Verbrecher“ hinzurichten.

„Die Erweiterung auf Menschen, die ohne ihre Schuld zu einer Belastung der Volksgemeinschaft werden[,] ist, wie mir scheint, logisch richtig. Letzten Endes muß der Führer entscheiden, [...] ob es tragbar ist, daß in dieser Kriegszeit, wo wir in einem harten Kampf um die Existenz des Volks sind und wo es auf jede Arbeitskraft ankommt, noch wertvolle Kräfte gebunden werden, um die Unglücklichen zu betreuen, die in ihrer Entstehung wenn auch ohne ihre Schuld, mißraten sind.“

Für die Betroffenen selbst sei es letztendlich eine „Erlösung“ – er selbst würde, wenn er in einen solchen Zustand verfiere, „die Ausmerzung als eine Wohltat empfinden“. Er gehe davon aus, dass die Entscheidung über Leben und Tod mit „Sorgfalt“ von „erfahrenen und dazu berufenen Ärzten“ getroffen und nur in hoffnungslosen Fällen auf Tod entschieden würde – schließlich arbeite der „Führer“ auf „eine möglichst weitgehende Sparsamkeit mit Menschenleben“ hin. Wilhelms abschließende Stellungnahme lautete:

„Jedenfalls steht es uns nicht zu[,] an dieser Maßregel Kritik zu üben. Ich habe gefunden, daß die Anordnungen des Führers und der von ihm eingesetzten Männer überall da, wo ich mir ein Urteil zutrauen darf, zum Segen für das deutsche Volk ausgeschlagen sind. Ich leite daraus das Recht und die Pflicht ab, ihm blind zu vertrauen, auch wo ich seine Anordnungen nicht verstehe oder wo sie mir hart erscheinen. [...] Wenn von den Männern, die vom Führer bestimmt sind, entschieden wird, daß sie aus irgendeinem Grunde ausgemerzt werden müssen, so muß das eben geschehen[,] und sie leisten grade dadurch ihren Beitrag und ihr Opfer für das Vaterland.“

Dem Vorstand des Wittekindshofes berichtete Brünger am 12. September 1941:

„Bezüglich der Euthanasie oder besser gesagt Ausmerzung hat sich der über dem ganzen [...] Anstaltswesen bisher liegende Schleier insofern

Brünger an Theodor Brünger, 10. Januar 1940, Privatbesitz. Helmut Nicolaus arbeitete im Reichsluftfahrtministerium. Wilhelm Brünger an Theodor Brünger, 9. Juni 1940, Privatbesitz.

gelüftet, als wir jetzt wissen, daß die Aktion nicht abgestoppt ist, sondern ihren Fortgang nimmt. [...] Es wird wohl in Bälde kaum ein Dorf und keine Stadt mehr geben, wohin nicht die [...] Briefe aus Hadamar oder Eichberg gelangt wären. Die Urnenbeerdigungen, Vorgänge, die sonst völlig unbekannt waren auf unseren Dörfern, haben schon an vielen Orten stattgefunden.“³⁷

Den Hinweis auf die Urnenbegräbnisse hatte Brünger wohl von Pastor Ernst Wilm (1901–1989)³⁸ bekommen, der seinerzeit als Pfarrer in Mennighüffen wirkte und 1942 wegen seiner Proteste gegen die „Euthanasie“ in das KZ Dachau verschleppt wurde.³⁹

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich unter den von Theodor Brünger aufbewahrten amtlichen Dokumenten auch die Abschrift eines offenbar aus Osnabrück stammenden subversiven Flugblatts findet, das als amtliches Schreiben aufgemacht war. Darin teilt ein „Dr. Speckhals“, „Chef des Menschenverschrottungsamtes“, unter anderem mit:

„L[au]t §§ 175 sind wir verpflichtet, Ihr jämmerliches Wrack zu beseitigen. Sie haben sich zu diesem Zweck um 13.00 Uhr 30 Minuten nach dem Gottesdienst mit Leichenhemd, Pappsarg, Gesangbuch und Mundharmonika auf dem Hegerfriedhof [Heger Friedhof], Abt[eilung] Verbrennung, vor dem Ofen 2 einzufinden. Die Kosten der Verbrennung Ihrer verdor[r]ten Gebeine haben Sie selbst zu tragen. Um eine Explosion zu vermeiden, dürfen Sie 8 Tage vorher keinen Alkohol zu sich nehmen. Die für Ihren schäbigen Rest benötigte Urne können Sie sich gegen Zahlung von M 5,00 im Krematorium besorgen. [...] Reklamation[en] sind zwecklos.“⁴⁰

Theodor Brünger hat dieses Blatt vermutlich aufbewahrt, weil es belegt, dass Gerüchte über die bürokratisch aufgezoogene Ermordung und Verbrennung von vermeintlich nutzlosen Menschen in der Bevölkerung kur-

³⁷ Bericht zur Vorstandssitzung 12. September 1941 in Bad Oeynhausen, AW, Ordner „Vorstandsangelegenheiten 1934–1954“.

³⁸ Vgl. Bauks, Pfarrer (wie Anm. 3), S. 561, Nr. 6971.

³⁹ Am 26. August 1949 schrieb Ernst Wilm, mittlerweile Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, an Pastor Johannes Klevinghaus: „Ich habe mit Euch um Eure Kranken gebangt und habe mit Euch getrauert, als die Anstaltshäuser in Wittekindshof für andere Zwecke beschlagnahmt und benutzt wurden. Und ich habe mich mit Euch gefreut, als sie wieder leer wurden und ein Haus nach dem andern nun wieder von den Kranken [...] belegt werden kann. Und das habe nicht nur ich allein getan, sondern unsere ganze Mennighüffer Gemeinde damals und unsere Gemeinden im Westfalenland überhaupt.“ AW, Ordner „Vorstandsangelegenheiten 1934–1954“. – Auch der Hilfsprediger Max Lackmann (1910–2000) in Herford protestierte öffentlich gegen die „Euthanasie“ und wurde in das KZ Dachau verschleppt.

⁴⁰ Abschrift eines Flugblatts, undatiert, Privatbesitz.

sierten und für Unruhe sorgten – die sich hier in zynischem Humor Luft machte.

In einem Brief an seinen Bruder Wilhelm vom 1. Oktober 1941 griff Theodor Brünger den Diskussionsfaden wieder auf, der nach Wilhelms Rechtfertigung des Massenmordes vom 25. Juli zunächst abgerissen war. Ob er noch Hoffnung hatte, den Bruder zu überzeugen, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls hatte er, wie er selber schrieb, das Bedürfnis, seinen „Sorgen und Gedanken“⁴¹ Ausdruck zu geben. Er vermisse den Bruder Heinrich (1872–1937),⁴² der bis zu seinem Tod im Jahr 1937 Pfarrer in Exter gewesen war und den Theodor des Öfteren zum „Gedankenaustausch“ aufgesucht hatte. So hielt er sich nun an den einzigen Bruder, der ihm verblieben war, auch wenn er davon ausgehen musste, dass der überzeugte Nationalsozialist ihn nicht verstehen würde. Zum Stand der Dinge schrieb Theodor: „Was die ‚dunkle Wolke‘ betrifft, von der ich Dir einmal schrieb, so ist in der Hinsicht noch nichts geschehen bei uns. Man sagt, die Aktion sei so abgestop[p]t, daß sie jetzt ruhe. Das ist uns ein schwacher Trost.“ Ausführlich kam der Vorsteher des Wittekindshofes dann auf die Unruhe und Angst in den betroffenen Familien zu sprechen – ein Punkt, der ihm schwer zu schaffen machte:

„Manche Eltern haben ihre Kinder in Folge der umlaufenden Gerüchte aus der Anstalt herausgenommen. Es gibt aber sehr viele Familien, die das einfach nicht tun können. In einigen Fällen mußte ich eine ganz heftige Erregung der Mütter und Väter feststellen. Die Leute, die dem Führer zu dieser Aktion geraten haben, haben ihm den allergrößten Schaden zugefügt und das Vertrauen des Volkes zum Führer in großem Umfange untergraben. Ich bedauere das im Interesse der Geschlossenheit des Volkes ganz außerordentlich.“

In diesem Zusammenhang erwähnte Theodor Brünger noch einmal die Urnenbestattungen:

„Jetzt werden die Leute[!], die ihre Verwandten in den Westf[älischen] Provinzialanstalten hatten, die Urnen der Verstorbenen zugesandt. Das wirbelt viel Staub auf. Johann und jedermann spricht davon. Man schützt die Köpfe und denkt sich sein Teil dabei. [...] Pastor v[on] Bodelschwingh–Bethel ist mit offenem Visi[e]r kämpfend in die Ministerien gegangen und hat offen gegen diese Dinge seine warnende Stimme erhoben, obwohl er erwarten mußte, daß man ihn festsetzte. Hätte man auf ihn gehört, so hätte man nicht jetzt vor den so kompromittierenden Predigten des Bischofs [Clemens August Graf] v[on] Galen in Münster und vor der Erregung des Volkes die Sache abzubremsen brauchen. Es ist ein

⁴¹ Theodor Brünger an Wilhelm Brünger, 1. Oktober 1941, Privatbesitz. Danach auch die folgenden Zitate.

⁴² Vgl. Bauks, Pfarrer (wie Anm. 3), S. 64, Nr. 822.

Verhängnis, wenn die Verantwortlichen die warnende Stimme ernster und bewährter Männer nicht hören. Da gibt es ein Unglück! – Noch habe ich die Hoffnung, daß man die ganze Sache unterläßt! Es ist auch schon genug des Unheils in den Anstalten Deutschlands geschehen, genug der Schuld auf unser Volk geladen! – Gott sei uns gnädig!“

Es schließt sich eine Passage an, die Theodor Brüngers Seelennot sehr deutlich zum Ausdruck bringt:

„Es ist so drückend, daß man uns, die wir doch in der Krankenpflege solcher Menschen unsere Lebensaufgabe sehen, kein Wort davon sagt. Wie stehen wir den bekümmerten Eltern, den erregten Müttern gegenüber. Sie tragen das Parteizeichen auf der Brust und wollen dem Führer folgen[,] und ihr[e] Herzen sind zerrissen, denn sie haben ihre kranken Kinder ebenso lieb, wenn nicht noch lieber als die anderen. [...] Sie wissen nicht ein noch aus!! Was soll ich ihnen sagen? – Ich kann das nicht gut heißen, was der Staat jetzt tut. Es ist Sünde nach göttlichem und menschlichem Recht. Es kann nichts Gutes daraus folgen.“

Der Disput tat dem herzlichen Verhältnis der Brüder übrigens keinen Abbruch. Als Wilhelm Brünger 1942 im Auftrag des Reichsverkehrsministeriums in das besetzte Lettland reiste, um die Binnenschifffahrt im Baltikum wieder in Gang zu bringen, schickte ihm Theodor seinen Pelzmantel.⁴³

5. Augenzeugenberichte von den Deportationen im Oktober/November 1941

Am 22. Oktober 1941 erhielt Theodor Brünger einen Telefonanruf von der Gemeinnützigen Krankentransportgesellschaft mbH (GEKRAT), einer der Tarnorganisationen des „Euthanasie“-Apparates.⁴⁴ Die GEKRAT sei, so hieß es, vom zuständigen „Reichsverteidigungskommissar“ beauftragt, die Anstalt Wittekindshof zu räumen und ihre Bewohnerinnen und Bewohner nach Regensburg abzutransportieren. Nach den Plänen der GEKRAT sollten vom 28. Oktober an wöchentlich zwei Transporte mit der Reichsbahn auf den Weg nach Regensburg gebracht werden. Brünger rief daraufhin sofort Dr. Gersbach in Minden und Landesoberverwaltungsrat Dr. Wilhelm Schneider (1889–1974) vom Landesfürsorgeverband in Münster an. Dort wusste man von nichts – hier zeigt sich einmal mehr, dass die „Euthanasie“ zu dieser Zeit noch an der staatlichen Bürokratie, an den Provinzial- und Landesverwaltungen, selbst an den Reichsministerien

⁴³ Wilhelm Brünger an Theodor Brünger, 29. Dezember 1941, Privatbesitz.

⁴⁴ Zum Folgenden: Bericht an die Generalversammlung 1941, AW.

vorbei von einem konspirativen Machtapparat organisiert wurde. In diesem Fall freilich setzten sich die regionalen Behörden zur Wehr. Am 24. Oktober 1941 fanden sich Schneider, Gersbach und auch der Regierungspräsident Adolf von Oeynhausen (1877–1953) auf dem Wittekindshof ein, um die Interessen der Provinz und des Regierungsbezirks zu vertreten.

Schneider gab namens des Landeshauptmanns die Erklärung ab, dass die „Provinzialpfleglinge“ nicht nach Regensburg abtransportiert werden dürften, sondern in den Provinzialheilanstalten Westfalens aufzunehmen seien. „Nach langen Verhandlungen“,⁴⁵ so Brünger, habe sich der Abgesandte der GEKRAT damit abgefunden. „Die letzte Entscheidung wird allerdings erst morgen in Berlin gefällt werden.“ Landeshauptmann Karl Friedrich Kolbow (1899–1945) hatte sein Veto nicht nur aus humanitären Erwägungen eingelegt. Vielmehr ging es unter *wirtschaftlichen* Gesichtspunkten darum, die infolge der Abtransporte im Rahmen der „Euthanasie“ unterbelegten Provinzialheilanstalten wieder aufzufüllen. Der Vorstoß der GEKRAT gab nun dem Landeshauptmann die Gelegenheit, etwa tausend Bewohnerinnen und Bewohner des Wittekindshofes, die auf Kosten des Landesfürsorgeverbandes versorgt wurden, auf einen Schlag in die eigenen Anstalten zu verlegen, und er konnte sich dazu sogar die Transportkapazitäten der GEKRAT zunutze machen.⁴⁶

Es sei ausdrücklich hervorgehoben, dass mit dieser Wendung der Dinge für den Wittekindshof eine völlig neue Situation entstanden war: Denn während sich die vom Reichsinnenministerium angeordneten Verlegungen in die Zwischenanstalten der „Aktion T4“ in einer Grauzone zwischen Legalität und Illegalität bewegten, stellte sich die Verlegung von Patientinnen und Patienten, die auf Kosten des Provinzialverbandes Westfalen im Wittekindshof untergebracht waren, in eine Provinzialanstalt formal als ein ganz gewöhnlicher Verwaltungsakt dar. Der Wittekindshof konnte sich gegen die Anordnung des Landeshauptmanns kaum zur Wehr setzen, auch wenn zu befürchten stand, dass die Patientinnen und Patienten aus den westfälischen Provinzialanstalten weiter in die „Euthanasie“-Zentren verlegt werden würden.

In seiner Sonntagspredigt am 26. Oktober 1941 bereitete Theodor Brünger die Bewohnerinnen und Bewohner des Wittekindshofes auf die bevorstehende Verlegung vor, wobei er bemüht war, „den *positiven* Zweck der ganzen Aktion, Hilfe für die Kranken aus luftgefährdeten Gebieten“,⁴⁷

⁴⁵ Theodor Brünger an Fritz von Bodelschwingh, 24. Oktober 1941, Hauptarchiv der von Bodelschwinghschen Stiftungen Bethel (= HAB), 2/39-198. Danach auch das folgende Zitat.

⁴⁶ Zur Haltung des Landeshauptmanns vgl. die Auszüge aus seinem Tagebuch in: Kersting, Franz-Werner/Schmuhl, Hans-Walter (Hgg.): Quellen zur Geschichte der Anstaltspsychiatrie in Westfalen, Bd. 2: 1914–1955, S. 613–617 (Dok. 167).

⁴⁷ Bericht an die Generalversammlung 1941, AW (Hervorhebung im Original).

hervorzuheben, um den Abschiedsschmerz zu mildern. Die Räumung des Wittekindshofes begann planmäßig am 28. Oktober 1941. Da nun aber nur Strecken innerhalb der Provinz Westfalen zurückzulegen waren, wurden die Transporte entgegen der ursprünglichen Absicht nicht mit der Eisenbahn, sondern mit den berüchtigten „grauen Bussen“ der GEKRAT durchgeführt. Auch gingen die Transporte nicht zweimal wöchentlich ab, sondern täglich, damit die Autos und das Personal der GEKRAT ausgelastet waren. Im Oktober und November 1941 wurden so insgesamt 958 von 1326⁴⁸ Bewohnerinnen und Bewohnern abtransportiert.

Brüngers Bericht an die Generalversammlung am 3. Dezember 1941 zufolge sahen die meisten Bewohnerinnen und Bewohner ihrer Verlegung ruhig und gefasst, ja mitunter sogar mit Zustimmung und manchmal auch mit einer leisen Vorfreude entgegen. Brünger machte aber auch kein Hehl daraus, dass die Verlegung für viele gerade der älteren Bewohnerinnen und Bewohner, die fast ihr gesamtes Leben auf dem Wittekindshof verbracht hatten, die Anstalt als ihre Heimat betrachteten und keinen Ort außerhalb der Anstalt kannten, einen tiefen Schmerz bedeutete. Allen konfirmierten „Pfleglingen“ wurde noch einmal die Gelegenheit gegeben, das Abendmahl zu feiern, und fast alle machten davon Gebrauch. Die Konfirmandengruppe wurde noch am 29. Oktober 1941 im Gottesdienst konfirmiert.

Es haben sich im Besitz der Familie Brünger drei Briefe gefunden, die sehr persönliche, emotional hoch aufgeladene Stimmungsbilder aus diesen Tagen vermitteln. Die Familie durchlebte damals ein Wechselbad der Gefühle: Am 15. Oktober hatte sie die Hochzeit der Tochter Ruth (* 1918) mit dem bayerischen Vikar Hans-Siegfried Huß gefeiert, am 22. Oktober war die Hiobsbotschaft auf dem Wittekindshof eingetroffen, dass die Bewohnerinnen und Bewohner abtransportiert würden. Am 30. Oktober 1941 berichtete Anna Brünger in einem Brief an ihren Sohn Walther (* 1921) über die jüngsten Ereignisse. Diesem Brief ist zu entnehmen, dass die ganze Familie Brünger über den Hintergrund der Transporte im Bilde war:

„Wie tut einem das doch leid. Wie ist man doch mit ihnen verwachsen in den langen Jahren! Für Vater, der mit soviel Sorgen und Liebe das Werk so wachsen sah im Segen, ist es ja auch so unendlich schwer, besonders da immer der böse Verdacht dahinter steht, den man nicht los werden kann: ‚Was wird später aus den armen Kindern?‘ Einstweilen ist ja vielleicht nichts zu befürchten, wie gesagt wird. Aber aus der Vergangenheit sind

⁴⁸ Theodor Brünger an Wilhelm Brünger, 1. Oktober 1941, Privatbesitz. Vgl. Schmuhl/Winkler, „Schreien“ (wie Anm. 2), S. 370f.

Kritische Tage erster Ordnung

sie herausgerissen[,] und ob sie dort lange bleiben, wo sie jetzt hingbracht wurden, wer garantiert einem dafür?“⁴⁹

Jeden Tag, so Anna Brünger, verließen mindestens zwei der grauen Busse den Wittekindshof: „Da gibt’s schnell große Lücken.“ Es herrsche große Hektik. Die Vorbereitungen mussten überstürzt getroffen werden – die Garderobe der zum Abtransport bestimmten Bewohnerinnen und Bewohner musste nachgesehen, ausgebessert, mit Namen versehen und eingepackt werden – „ist ja in so kurzer Zeit eine schreckliche Arbeit.“ Anna Brünger kam auch auf die Konfirmation am 29. Oktober zu sprechen:

„Vater hat gestern noch die diesjährigen Konfirmanden eingesegnet, da sie den Katechismus gerade zu Ende durchgenommen hatten. Gleichzeitig nahmen auch die Großen aus dem Morgenstern an der Abendmahlsfeier teil. In all der bevorstehenden Not und Aufregung war diese Stille hier ganz besonders eindrucksvoll. Vater legte ihnen den Spruch aus: Bleibet in mir und ich in Euch, so bringet ihr viele Frucht. Ein schönes, tröstliches Abschiedswort! Alle paßten auch so schön auf und waren so ernst bei der Sache. Hoffentlich können sie es in all dem Neuen, das sie nun erleben werden, recht tief in ihr Herz fassen und drin bewahren. Auf der Orgel hatte der Kinderchor so schön gesungen zum letzten Mal. Es war einem ganz wehmütig. Auch die großen Jungen beteiligten sich so fleißig dran, daß man [...] seine Freude dran hatte.“

Einzelne Bewohnerinnen und Bewohner beschäftigten Anna Brünger dabei ganz besonders:

„Vorne an stand grade Karl Klüsener⁵⁰ und sang so begeistert mit[,] und gegen 1/2 2 Uhr kam er tränenüberströmt und mußte sich verabschieden. Es war mir ganz rührend! Er hatte vorher schon zu mir gesagt: Ich bliebe so gerne hier, ich würde mich 3 x freuen, wenn ich hier bleiben könnte. Aber seine Leistungen waren doch wohl nicht so, daß er es zum Gesellen brachte[,] und drum konnte Fritz ihn nicht [in der Schuhmacherei] behalten. Besonders die Alten tun mir so leid, die fast ihr ganzes Leben hier zugebracht haben und die nun die Heimat verlieren. Denk mal an Hepp,⁵¹

⁴⁹ Anna Brünger an Walther Brünger, 30. Oktober 1941, Privatbesitz. Danach auch die folgenden Zitate.

⁵⁰ Karl Klüsener wurde in die Provinzialanstalt Lengerich verlegt und von dort am 24. Januar 1945 als gebessert entlassen. Ich danke Herrn Michael Spehr M.A., Archivar der Diakonischen Stiftung Wittekindshof, für diese und die folgenden Informationen zu Bewohnerinnen und Bewohnern des Wittekindshofes.

⁵¹ Dieser Bewohner konnte nicht ermittelt werden. Wahrscheinlich handelte es sich um einen Spitznamen.

Emil auf dem Friedhof,⁵² Emma Stöcker⁵³ [...], Fritz Amos,⁵⁴ Karl Thöne,⁵⁵ Fritz Dralle⁵⁶ und die andern vielen. Ich darf einstweilen Friedchen behalten, aber wie lange, kann keiner sagen. [...] Auch in den Häusern bleiben Arbeitskinder, aber nur wenige. Es werden immer noch welche gestrichen. Es heißt, wir sollten Franzosen dafür kriegen, aber wer nimmt die gern ins Haus?“

Friedchen überlebte den Krieg. Eine Aufstellung der Bewohnerinnen und Bewohner des Pfarrhauses der Anstalt Wittekindshof vom 14. April 1945 vermerkt den „Familien-Pflegling“ Frieda Röckenhaus (1913–1976).⁵⁷

In einem weiteren Brief an Sohn Walther vom 4. November 1941 setzte Anna Brünger ihre Schilderung fort. Zunächst berichtete sie, dass der Wittekindshof von der Organisation Todt zum Ausweichkrankenhaus für luftkriegsgefährdete Gebiete umgebaut werden solle. Dann kam sie noch einmal auf die älteren Bewohnerinnen und Bewohner zu sprechen, die den Wittekindshof hatten verlassen müssen:

„[...] für die Alten tut es mir immer so leid, die hier ihre Heimat hatten und sonst ja auch nichts kennen. Gertrud Blank⁵⁸ ist seit ihrem 2. Jahr hier und ist jetzt 43 Jahre alt. Wie schwer wird der Abschied sein. Sie bedankte sich bei Vater für die treue Austeilung von Wort und Sakrament. Ist das

⁵² Dieser Bewohner konnte nicht ermittelt werden.

⁵³ Emma Stöcker starb am 9. Juli 1945 in der Provinzialanstalt Lengerich.

⁵⁴ Fritz Amos, der als erster wirklich geistig behinderter Mensch im Dezember 1887 auf dem Wittekindshof aufgenommen worden war, wurde mit großer Wahrscheinlichkeit 1944 in Wartha ermordet. Das Hauselternpaar des Vorwerks erinnerte sich, dass er beim Abschied schrecklich geweint und nicht in den Bus habe einsteigen wollen. Die Hausmutter erzählte später ihrem Sohn, Fritz Amos habe gewusst, dass er den Wittekindshof nicht wiedersehen werde.

⁵⁵ Karl Thöne (1888–1960) war von 1903 an bis zu seinem Tod Bewohner des Wittekindshofs. Wie man seiner Akte entnehmen kann, flüchtete er kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs und versteckte sich mehrere Monate lang bei einem Bauern in Exter, wo er gegen Kost und Logis arbeitete. Auf dem Wittekindshof galt er als „verschollen“. Nach Kriegsende teilte Elisabeth Brünger ihrem Schwager Johannes Klevinghaus, mittlerweile Vorsteher des Wittekindshofs, mit, wo sich Karl Thöne aufhielt. Er wurde daraufhin abgeholt und nach Volmerdingsen zurückgebracht. Vielleicht entging er, obwohl er auf Kosten des Provinzialverbandes Westfalen auf dem Wittekindshof untergebracht war, den Transporten im Oktober/November 1941, weil er in der Heizung beschäftigt war. Möglicherweise galt er als unentbehrliche Arbeitskraft.

⁵⁶ Fritz Dralle blieb auf dem Wittekindshof und starb dort 1961.

⁵⁷ „Friedchen“ arbeitete nach dem Zweiten Weltkrieg im Haushalt des Ehepaars Klevinghaus mit. 1951 kam es zu einem Skandal, als sie – obwohl sie in den 1930er Jahren sterilisiert worden war – schwanger wurde und eine Fehlgeburt erlitt. Sie bezichtigte einen minderjährigen Verwandten des Ehepaares Klevinghaus der Vaterschaft, es stellte sich aber heraus, dass sie eine heimliche Beziehung zu einem Bewohner des Hauses Friedenshöhe unterhielt.

⁵⁸ Gertrud Blank starb 1943 in der Provinzialanstalt Lengerich.

nicht rührend? Walther Daja [Deja]⁵⁹ schrieb ihm auch einen kleinen Zettel: Ihre reine Lehre von Gottes Wort wird mir immer in Erinnerung bleiben! (So ähnlich war's, ganz wörtlich weiß ich es nicht mehr.) Ist das nicht schön? So sind sie doch nicht vergeblich hier in der Anstalt gewesen und wissen, daß dies Gotteswort auch ihr Trost sein kann in der Fremde. Malchen Böring⁶⁰ sagte: Wenn sie mir nur Bibel und Gesangbuch lassen! Mathilde Bü[c]ker⁶¹ kaufte sich extra noch ein neues Gesangbuch für die Reise. Da kann sich wirklich mancher Gesunde ein Beispiel dran nehmen!"⁶²

Man erkennt, dass Anna Brünger in diesen Zeugnissen tiefer Frömmigkeit Trost suchte – schien es doch ein Beleg dafür zu sein, dass die jahrzehntelange Arbeit, die sie und ihr Mann auf dem Wittekindshof getan hatten, nicht vergebens gewesen war. Zugleich kommt in Annas Brief die Sorge um die Zukunft deutlich zum Ausdruck:

„Wie wird es uns noch verlassen und einsam vorkommen, wenn man den fröhlichen Lärm im Gerahaus und das Rufen auf dem Friedenshöher Platz nicht mehr hört! Man kann es sich jetzt ja noch gar nicht vorstellen. Einige Arbeitskinder bleiben vorläufig noch hier. [...] Es ist gut, daß wir doch das Vorwerk und die Ulenburg behalten dürfen. Da können wir doch wenigstens die Privatpflöglinge unterbringen. Die Eltern waren schon in großer Sorge um die Kinder. Nun bleiben die Jungens im Vorwerk und die Mädchen in Ulenburg. Das ist doch eine gute Lösung! Vater ist doch so froh darüber! In der Friedenshöhe sind in der ‚Ameise‘ schon die Architekten am Zeichnen. Was das wohl noch alles wird! Hoffentlich läßt sich mit den Leuten umgehen! [...] Man ist wirklich gespannt, wie das noch alles wird. Bis jetzt scheint es ja so, als ob Vater hier die Leitung behalten soll.“

Das Bild rundet sich, wenn man einen Brief von Eva Brünger an ihren Bruder Walther vom 11. November 1941 noch hinzunimmt. Es war der letzte Tag der Transporte:

„Heute sind die letzten Kinder verlegt, und zwar die Privatkinder nach Ulenburg, die männlichen Privatpfl[öglinge] kommen ja ins Vorwerk. Weil Vater dem Transportleiter nicht die Namen dieser Kinder sagen wollte, weigerte er sich[,] die Fahrt zu machen. Vater war froh, als er abhaute, der

⁵⁹ Walter Deja (* 1907) kam 1938 im Zuge der Schließung der Anstalt Langenhagen auf den Wittekindshof. Er blieb von der Verlegungsaktion im Oktober/November 1941 verschont, weil der Provinzialverband Hannover für ihn zuständig war.

⁶⁰ Malchen Böring starb am 11. Mai 1945 in der Provinzialanstalt Gütersloh.

⁶¹ Mathilde Bucker (1876–1942) lebte seit 1902 auf dem Wittekindshof. Sie wurde am eben jenem 4. November 1941 in die Provinzialanstalt Gütersloh verlegt, wo sie am 26. Oktober 1942 starb.

⁶² Anna Brünger an Walther Brünger, 4. November 1941, Privatbesitz. Danach auch die folgenden Zitate.

lange Besen, wie ihn die kleinen Morgensterner Rauhbeine nicht zu Unrecht nannten, denn er ist es ja, der alles leerfegt bei uns.“⁶³

Offenbar war es beim letzten Transport noch zum Eklat gekommen. Aus guten Gründen weigerte sich Theodor Brünger, dem Transportleiter die Namen der Mädchen zu geben, die zur Ulenburg gebracht werden sollten – gehörte doch die GEKRAT zum Apparat der T4-Zentrale in Berlin. Weiter berichtete Eva, wie sie und ihre Schwester Elisabeth (* 1920) im Haus Morgenstern ausgeholfen hatten: „Gut war’s, daß man gar nicht zur Besinnung kam, tagsüber Dienst, abends bis 11 Uhr Stopfen, Ausbessern und Nummern einnähen.“ Sehr anschaulich beschrieb Eva die gespenstische Atmosphäre nach den Transporten:

„Jetzt ist der 14tägige Abschied überstanden[,] und es ist ganz schrecklich still hier. Statt der bekannten, sieht man die fremden Gesichter der Architekten usw. 135 Arbeitskinder sind ja zum Glück noch hier. Aber mir fehlen meine Gerahäuser doch sehr [...]. Wenn nur das Neue, was hier werden soll[,] auch unter derselben Fahne getan werden dürfte und die Anstalt ihren alten Geist der inneren Mission behielte.“

Und weiter:

„Bis jetzt ist noch wenig Neues, nur hier und da spürt man den Leerlauf, Ausräumen und Platzmachen, macht allen viel Arbeit. Ich habe meine Klasse auch schon aufräumen müssen. Da kam einem die Einsamkeit und das Abbauen so ganz besonders zum Bewußtsein. Bei manchen stand noch das letzte Diktat vom kleinen Gernegroß auf der Tafel, dessen Bild ich mit bunter Kreide an die Wandtafel malte. Schw[ester] Anna Bleeke brachte die Kinder weg nach Niedermarsberg bei Brilon, wo sie in eine kath[olische] Anstalt gekommen sind. Ist das nicht auch traurig? Glaubst Du, daß ich große Lust habe, sie zu besuchen?“

Auch Eva Brünger war der Abschied von einzelnen Bewohnerinnen und Bewohnern besonders ans Herz gegangen:

„Wie schwer wurde Malchen Böring, Hepp und Hugo Silke⁶⁴ der Abschied: Hugo fragte etw[as] zaghaf, ob sie da wohl auch fr[eu]ndlich zu uns sind?! Und Karl Klüsener, der arme Junge, kam mit ganz Schwachen nach Lengerich, und was hat der geweint! Um ihn abzulenken, zeigten wir ihm noch Soldatenbilder von Dir, er ließ sich aber nicht trösten, das ging mir sehr nah[,] und ich meine, Traurigeres als diesen Auszug aus der Heimat, nicht erlebt zu haben. Mit jedem Gesicht, ist uns auch ein St[ü]ck

⁶³ Eva Brünger an Walther Brünger, 11. November 1941, Privatbesitz. Danach auch die folgenden Zitate.

⁶⁴ Hugo Silke starb 1947 in der Provinzialanstalt Lengerich.

Heimat genommen[,] und es wird einem manchmal schon jetzt ganz fremd, wenn man an alle Neuerungen denkt.“

Die abschließenden Bemerkungen Eva Brüngers galten ihrem Vater:

„Vater ist so sehr tapfer. Der Abschied der treuen Alten ging ihm natürlich auch sehr nah. Wie sie ihn bestürmten und in seiner Stube weinten, Fritz Niestrath,⁶⁵ Brünger, laß mich hier, hab immer meine Arbeit gut gemacht! So viele Tränen sind hier bestimmt nie geflossen.“

Die Verantwortlichen auf dem Wittekindshof – und auch die Angehörigen der Familie Brünger – klammerten sich an die Hoffnung, dass die abtransportierten Bewohnerinnen und Bewohner in den westfälischen Provinzialanstalten bleiben könnten und ihnen dort nichts passieren würde, doch gerieten viele von ihnen im Rahmen späterer Verlegungen doch noch in das mörderische Räderwerk der „Euthanasie“. 358 der 1941 verlegten „Pfleglinge“ starben nachweislich bis Kriegsende, weitere 55 mit hoher Wahrscheinlichkeit. 393 der ehemaligen „Wittekindshofer“ lebten am 1. Mai 1945 noch, 112 von ihnen kehrten später zurück. Nach den Deportationen verblieben nur etwa 330 Menschen mit geistiger Behinderung als „Privatpfleglinge“ und als unverzichtbare Arbeitskräfte.⁶⁶ Das geplante Ausweichkrankenhaus kam doch nicht zustande. Auf dem Wittekindshof entstand stattdessen ein großes Reservelazarett der Wehrmacht, die Arbeit an geistig behinderten Menschen wurde immer weiter in den Hintergrund gedrängt.⁶⁷

6. Die Rettung des Vorwerks und der Ulenburg

Aus den zitierten Briefen ging es bereits hervor: Der Wittekindshof durfte das Vorwerk und die Ulenburg in Mennighüffen behalten und konnte dort die auf Kosten ihrer Familien aufgenommenen „Privatpfleglinge“ unterbringen. Neuere Forschungen geben Aufschluss darüber, wie es zu diesem Arrangement kam. Zufällig waren am 28. Oktober 1941, dem Tag, an dem die Transporte begannen, die Mutter und die Schwester eines Bewohners namens Hans Lossau (1922–1990) zu Besuch auf dem Wittekindshof. Der Vater, Hermann Lossau, war als Oberamtsanwalt in Berlin tätig. Weil Hermann Lossau auf Seiten der Bekennenden Kirche stand, hatte sich seit 1937 – als „Hänschen“ auf dem Wittekindshof aufgenommen wurde – ein freundschaftliches Verhältnis zu Theodor Brün-

⁶⁵ Fritz Niestrath wurde in die Provinzialanstalt Lengerich verlegt und kam 1944 in die Provinzialanstalt Warstein. Ein Abgang ist dort nicht verzeichnet.

⁶⁶ Vgl. Schmuhl/Winkler, „Schreien“ (wie Anm. 2), S. 374.

⁶⁷ Vgl. a.a.O., S. 377–395.

ger entwickelt. Dieser nutzte die Gelegenheit und gab der Ehefrau Hermann Lossaus einen Brief an ihren Mann mit, als sie am 29. Oktober 1941 zurück nach Berlin reiste. Eine Abschrift dieses Briefes wurde in der Bewohnerakte Hans Lossaus abgelegt. Darin bat Theodor Brünger Hermann Lossau, er möge an seiner Statt den Central-Ausschuss für Innere Mission in Berlin aufsuchen, die Situation des Wittekindshofs schildern und um Hilfe bitten. Es ging Theodor Brünger darum, die „Rechte der Anstalt“⁶⁸ sicherzustellen – die Beschlagnahme stand im Raum, bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich aber noch keine „verantwortliche Dienststelle“ gemeldet, um einen Vertrag auszuhandeln. Der Central-Ausschuss sollte darauf drängen, „daß endlich eine maßgebende Stelle mit uns ordnungsmäßig in Verhandlung eintritt und mit dem Vorstand einen rechtsverbindlichen Vertrag abschließt.“ Brünger warnte, dass beim Abzug aller Bewohnerinnen und Bewohner der Wittekindshof „in kurzer Zeit finanziell ruiniert“ sein werde. Der Central-Ausschuss solle daher darauf hinwirken, dass dem Wittekindshof das Vorwerk und die Ulenburg belassen würden, damit die „Privatpfleglinge“ – darunter auch Hans Lossau – bleiben könnten.

In dem aus Familienbesitz stammenden Quellenkonvolut findet sich nun ein – als „streng vertraulich“ bezeichnetes – Schreiben Hermann Lossaus an Theodor Brünger vom 30. Oktober 1941, aus dem wir erfahren, was weiter geschah: Am Nachmittag des 30. Oktobers hatte Lossau beim Central-Ausschuss für innere Mission eine Unterredung mit Direktor Willi Ernst Hagen (1885–1952), der zugesagt habe, tags darauf im Reichsinnenministerium vorzusprechen und die Belange des Wittekindshofes „energisch“⁶⁹ zu vertreten. „Ob er aber etwas erreichen wird, ist eine andere Sache“, fügte Lossau hinzu. „Das kann man natürlich nicht vorher sagen, sondern muß [man] voll Gottvertrauen hoffen.“

Pastor Willi Ernst Hagen war kurz zuvor anstelle des Deutschen Christen Horst Schirmacher (1892–1956) zum kommissarischen geschäftsführenden Direktor des Central-Ausschusses berufen worden. Hagen hatte bis 1933 als Berufsarbeiter für Volksmission im Central-Ausschuss gearbeitet und war dann in den Pfarrdienst ausgewichen.⁷⁰ Schenkt man der Darstellung Hermann Lossaus Glauben, so wehte mit seiner Rückberufung ein anderer Wind im Central-Ausschuss:

⁶⁸ Theodor Brünger an Hermann Lossau, 28. Oktober 1941, Bewohnerakte, AW. Danach auch die folgenden Zitate. Ich danke Herrn Michael Spehr M.A., Archivar des Wittekindshofes, für den Hinweis auf die Dokumente in dieser Bewohnerakte.

⁶⁹ Hermann Lossau an Theodor Brünger, 30.10.1941, Privatbesitz. Danach auch die folgenden Zitate.

⁷⁰ Vgl. Rainer Bookhagen, *Die evangelische Kinderpflege und die Innere Mission in der Zeit des Nationalsozialismus. Rückzug in den Raum der Kirche*, Bd. 2: 1937–1945, Göttingen 2002, S. 560.

„Herr Direktor Pastor Hagen steht auf dem Standpunkte, daß alle Einrichtungen der Inneren Mission ihre Rechte mit aller Energie und ohne Rücksicht auf etwaige Folgen vertreten und verfechten sollen. Es solle kein Haus, kein Tisch, kein Stuhl usw. (besonders wohl auch keine Pfleglinge) ohne schärfsten Protest herausgegeben werden. Er hat angeblich in diesem Sinne ein Schreiben überallhin gesandt. Wir müssen, wie er sagte, kämpfen

- 1) für das *Recht*,
- 2) für die *Wahrheit* und
- 3) für die *Freiheit*

im Interesse des Bestehens unseres ganzen Volkes. Die innere Mission sei bis jetzt anscheinend immer zu nachgiebig gewesen und habe ihre Rechte usw. nicht genügend geltend gemacht, wohl in der stillen Hoffnung, dadurch gut zu fahren und allen drohenden Zugriffen aus dem Wege zu gehen. Wie falsch das gewesen wäre, sehe man jetzt.“

Weiter habe Pastor Hagen ihm anvertraut, so Lossau, dass er sich in den nächsten Tagen mit Pastor Fritz von Bodelschwing in Berlin treffen werde, „um mit ihm bei den Behörden zu verhandeln“. Diese Verhandlungen scheinen tatsächlich stattgefunden und zum Erfolg geführt zu haben – jedenfalls konnte Theodor Brünger schon am 3. November 1941 mitteilen, dass das Vorwerk und Schloss Ulenburg erhalten blieben.⁷¹ Der Vorgang deutet darauf hin, dass der Central-Ausschuss zu dieser Zeit eine überfällige Kurskorrektur in seiner Politik vornahm. Dem sollte die künftige Forschung weiter nachgehen.

Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges war die Existenz des Wittekindshofes akut bedroht. Pastor Johannes Klevinghaus (1911–1970),⁷² der nach Kriegsende in der Nachfolge seines Schwiegervaters Theodor Brünger das Amt des Vorstehers des Wittekindshofes angetreten hatte, versuchte 1949, das ungeheuerliche Geschehen des Massenmordes an kranken und behinderten Menschen zu fassen. Das moderne Denken – hier zog Klevinghaus eine lange Linie von der Renaissance bis zur Erbbiologie im nationalsozialistischen Deutschland – habe vergessen, dass geistig behinderte Menschen „Gottes Ebenbild um Jesu, ihres Heilandes willen“,⁷³ trügen und dass sie „in dieser ihrer Ehre und Würde, ihrer Freiheit und ihrem Recht vor Gott [...] unantastbar“ seien. „Wir sollten nicht meinen“, so Klevinghaus, „wir wären unberührt und unversehrt aus dem Geschehen herausgekommen. Keiner ist unversehrt herausgekommen.“

⁷¹ Theodor Brünger an Hermann Lossau, 3.11.1941, Bewohnerakte, AW.

⁷² Vgl. Bauks, Pfarrer (wie Anm. 3), S. 255, Nr. 3221.

⁷³ Der Vortrag ist abgedruckt in: Schmuhl/Winkler, „Schreien“, S. 554-562, Zitate: S. 558, S. 559.